

## Klein- und Mittelbetriebe sind Stiefkinder der rot-schwarzen Krisenpolitik!

■ Der österreichische Mittelstand schlittert in die Rezession. Die Umsätze und Erträge brechen stark ein und die Perspektiven für die heimischen Klein- und Mittelbetriebe sind düster.

„Sprechen im vergangenen Jahr noch fast zwei Drittel der Befragten Unternehmer von einer sehr guten bis guten Geschäftslage, ist es im Frühjahr 2009 nur noch jeder Dritte“, zeigte sich FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl über eine Umfrage des Alpenländischen Kreditverbandes besorgt.

Bei über der Hälfte der Befragten ist demnach der Umsatz im vergangenen halben Jahr gesunken, die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg um 18 Prozent auf 1.896, die Privatkonkurse erhöhten sich um 7,2 Prozent auf 4.621 Fälle.

Durch die Pleiten waren heuer bereits insgesamt 17.302 Arbeitsplätze bedroht, um 38,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

„Während für Banken und Industrie 120 Milliarden Euro be-

reitgestellt wurden, haben Rot und Schwarz den Mittelstand mit 450 Millionen Euro an Förderungen abgespeist“, kritisierte Themessl.

Er forderte daher umgehend eine „faire Unternehmensförderung“, und kein weiteres Ausspielen von „Groß gegen Klein“ durch die Bundesregierung. Das betreffe auch das Vergaberecht, wo der Bundeskanzler per Verordnung die Grenzen zur freien Auftragsvergabe deutlich angehoben habe.

„Aber es gibt in diesem Bereich keine Kontrolle! Diese wurde von den Regierungsparteien abgelehnt. Daher verwundert es nicht, daß verschiedene öffentliche Stellen an Umsatzkriterien als Ausschreibungsbedingung festhalten“, bemerkte der freiheitliche Wirtschaftssprecher.

Auch der überwiegende Teil der Unternehmen, die Kurzarbeit in Anspruch nehmen, sind Mittelstands- oder Großbetriebe. Für Kleinbetriebe kommt diese Form

der kurzfristigen Lohnkostensenkung oft nicht in Frage, da sie eine enorme Belastung darstellen, die bis an die Existenzgrenze gehe.

„Auch hier gäbe es eine Möglichkeit, um Kleinbetriebe kurzfristig und über einen definierten Zeitraum zu unterstützen. Aber die Regierungsparteien haben unseren Vorschlag abgelehnt“, zeigte sich Themessl verärgert.

Eine andere einfache, rasche und relativ kostengünstige Maßnahme um Kleinbetriebe in dieser Krisensituation unbürokratisch zu unterstützen, wäre eine Erhöhung der Freibeträge bzw. Freigrenze bei Kommunalsteuer, Dienstgeber-



**Themessl: Wann kümmert sich diese Koalition endlich um unsere KMU?**

beitrag und Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag. „Es ist höchste Zeit, daß sich diese Bundesregierung endlich auch um unsere Klein- und Mittelbetriebe kümmert, und nicht nur den Konzernen Milliarden hinterherwirft“, forderte Themessl.

## Kreditzinsen weiter zu hoch!

■ Nicht erst seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise klappt ein Lücke zwischen Kredit- und Sparzinsen. Nur ist sie diesmal besonders groß und einige Bankinstitute haben dazu ihre Spesen stark erhöht. Daher verwundert es nicht, wenn die Banken, wie Erste und Bank Austria, zuletzt schon wieder dreistellige Millionengewinne für das erste Halbjahr präsentieren konnten.

### Sparzinsen praktisch gefallen

Die Sparzinsen sind seit September drastisch gefallen, von fünf auf teilweise unter ein Prozent. Auf der Gegenseite, bei den Krediten, wurde dieser Vorteil an die Kunden nur zögerlich und nicht in vollem Ausmaß weitergegeben. Die Zinsen bei Konsumkrediten sind laut AK von April 2008 (vor der Krise) bis August 2009 gerade einmal von 6,5 auf 5,25 Prozent reduziert worden. Die Zinsen für Kontoüberziehungen wurden überhaupt nicht angetastet. Im gleichen Zeitraum ist aber der Sechs-Monats-

Euribor (Zinssatz, zu dem sich die Banken untereinander Geld leihen.) von 4,6 auf 1,2 Prozent deutlich stärker gesunken, der Drei-Monats-Euribor gar von 4,6 auf 0,97 Prozent. Auch der Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB), der gerade bei einem Prozent liegt, widerspricht den hohen Kreditzinsen. Anscheinend wollen sich die Banker möglichst schnell wieder ihre Bonuszahlungen über diese Belastung der Konsumenten zurückholen.



**Schnelle Gewinne für Banken über hohe Kredit- und niedrige Sparzinsen.**

## OeNB: 200 Millionen Euro für Pensions(privilegien)vorsorge

■ Die „Pensionsprivilegien“ in der Nationalbank (OeNB) nehmen kein Ende. Die durchschnittliche Jahrespension beträgt 70.000 Euro.

Um dies zu finanzieren, muß die Nationalbank für die nächsten zehn Jahre je 200 Millionen Euro jährlich an Reserven anlegen. Geld, das dem Eigentümer, der Republik Österreich, im Budget bitter fehlen wird.



Die Höhe der Pensionen erklärt sich daraus, daß die Mitarbeiter der Nationalbank nicht nur 80 bis 85 Prozent ihres Letztbezuges als Pension, sondern zusätzlich großzügige Betriebspensionen erhalten. Erst für jene Mitarbeiter, die seit 2007 zur OeNB gekommen sind, gibt es, so die Nationalbank, ein „ausschließlich beitragsorientiertes“ Pensionskassensystem.